

<i>Vorlage an:</i>	<i>Von Abteilung:</i>
<i>Ortschaftsrat Riedlingen</i>	<i>Rechnungsamt</i>
<i>Für die Sitzung am:</i>	<i>TOP:</i>
<i>- ö f f e n t l i c h -</i>	<i>Beratung des Haushaltsplans 2025</i>

Der Haushaltsplanentwurf 2025 wurde am 21.10.2024 in den Gemeinderat eingebracht und wird am 04.11.2024 in einer öffentlichen Verwaltungsausschusssitzung vorberaten. Am 06.11.2024 wird der Haushaltsplanentwurf 2025 in einer nichtöffentlichen außerordentlichen Haushaltsplanvorstellung unter Anwesenheit der Ortsvorsteher und Ortschaftsräte vorgestellt.

Der ausgehändigte Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2025 basiert auf den vollständig vorliegenden Mittelanmeldungen der Budgetverantwortlichen sowie aufgrund des noch ausstehenden Haushaltserlasses 2025 auf der Maisteuerschätzung 2024. Die Personalkosten und der Schuldendienst wurden bereits berechnet. Bei den Abschreibungen und Auflösungen wurde die neuen Investitionen aus der Maßnahmenliste 2025 noch nicht in die Finanzplanung eingerechnet. Die angemeldeten Einzelmaßnahmen sind in separaten Listen dargestellt und noch nicht in den Ergebnishaushalt eingearbeitet worden. Im Entwurf der Haushaltssatzung 2025 wurden diese jedoch eingearbeitet. Die Haushaltsansätze für die Betriebskostenzuschüsse an die nichtstädtischen Kindertageseinrichtungen stellen noch Platzhalter dar, da diese zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs noch nicht vorgelegt wurden. Beim Waldorfkindergarten Feuerbach wurde beim Planansatz wiederum die bisherige eingruppierte Einrichtungsform zu Grunde gelegt.

Der Ergebnishaushalt 2025 weist im Planentwurf und nach den erfolgten Änderungen einen hohen Fehlbetrag in Höhe von 1.489.000 € (einschließlich der angemeldeten Einzelmaßnahmen) aus. Dieser Fehlbetrag ist in der Höhe mit dem Fehlbetrag des Jahres 2024 vergleichbar und lässt sich mit ähnlichen Faktoren begründen (siehe unten).

Das Haushaltsjahr 2025 ist wiederum vor allem durch die steigenden Aufwendungen geprägt, wobei ein Großteil dieser Mehraufwendungen nicht oder nur geringfügig beeinflussbar ist. Hier machen sich neben den Personalkosten und den Umlagenzahlungen weiterhin die Kostenblöcke Energiekosten, Baukosten und Kinderbetreuungskosten bemerkbar. Bei den Kinderbetreuungskosten steigt der städtische Zuschussbedarf im Jahr 2025 auf rund 3,36 Mio. € (vgl. 2018: 1,0 Mio. €, 2020: 1,4 Mio. €, 2022: 1,6 Mio. €, 2024: 2,6 Mio. €).

Da die Finanzlage der Stadt Kandern im Vorfeld der Haushaltsplanberatungen gegenüber den Vorjahren keineswegs besser geworden ist, sind die finanziellen Handlungsfähigkeiten somit weiterhin massiv eingeschränkt. Insbesondere das Unterbleiben notwendiger Bauunterhaltungsmaßnahmen spätestens seit dem Jahr 2020 muss in den Vordergrund gerückt und Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Bei der Auswahl der Maßnahmen für das Jahr 2025 sollte auch das beschlossene Stadtentwicklungskonzept, welches sich dem Leitbild der Stadt Kandern unterordnet, zu Grunde gelegt werden. Hier ist v.a. die mögliche Umsetzung der Leitprojekte in den Vordergrund zu stellen. Zudem sind aus der Vielzahl der im Stadtentwicklungskonzept weiteren enthaltenen Ziele und Maßnahmen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen einzelne Maßnahmen herauszufiltern und zudem zu definieren, in welchem Haushaltsjahr der Finanzplanung diese umgesetzt werden sollen.

Für das Jahr 2025 erfolgten von den Budgetverantwortlichen und den Ortsteilen wie bereits im Vorjahr äußerst moderate Mittelanmeldungen. Eine pauschale Budgetkürzung wie im Vorjahr kann im Jahr 2025 nicht mehr erfolgen. Jedoch wurden zur Entlastung des Ergebnishaushaltes 2025 eine pauschale Kürzung der Personalaufwendungen um 300.000 € vorgenommen. Zudem wurde der Ansatz der Gewerbesteuer auf 1,9 Mio. € erhöht (2024: 1,7 Mio. €).

Die dem Haushaltsplanentwurf 2025 zu Grunde liegende Maßnahmenliste umfasst zunächst alle Mittelanmeldungen und somit auch alle Mittelanmeldungen der Ortsteile. Bei der konkreten Maßnahmenauswahl durch die Gremien sind wie in den Vorjahren die Aspekte Förderfähigkeit, Sicherheitsrelevanz, Wirtschaftlichkeit, Abwicklung laufender Maßnahmen, Erstellung wichtiger Konzepte, Nachfinanzierung bereits beschlossener Maßnahmen sowie die Umsetzung aufgrund der Corona-Krise zurückgestellter Maßnahmen heranzuziehen.

Nach den Daten der Maisteuerschätzung steigen die laufenden Zuweisungen vom Land Baden-Württemberg (Einkommensteueranteil, Umsatzsteueranteil, Schlüsselzuweisungen, kommunale Investitionspauschale, Familienlastenausgleich) gegenüber dem Vorjahresplanwert um 701.400 €. Bei den Schlüsselzuweisungen macht sich die im Zensus 2022 ermittelte leicht erhöhte Einwohnerzahl positiv bemerkbar, so dass hier Mehreinnahmen in Höhe von 178.900 € erwartet werden. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer steigt gegenüber dem Vorjahr um 504.500 €. Aufgrund der leicht gesunkenen Steuerkraft des Vorjahres 2023 sinkt die Umlage an das Land Baden-Württemberg um 62.600 €. Dagegen steigt die Kreisumlage bei einem Hebesatz von 39,0 %-Punkten (2024: 36,0 %, 2023: 32,6 %) um 289.000 € auf 5.083.000 €. So steigt in Summe der zur Verfügung stehende Finanzrahmen aus dem Finanzausgleich gegenüber dem Vorjahresplanwert um 475.000 €. Es ist jedoch noch mit nennenswerten Änderungen im Rahmen des Haushaltserlasses bzw. der Oktobersteuerschätzung und des Beschlusses des Kreistages zum Kreisumlagehebesatz zu rechnen!

Die Personalausgaben steigen gegenüber dem Rechnungsergebnis 2023 um 29,87 % und gegenüber dem Ansatz 2024 um 6,83 % (+492.400 €) auf nun 7.706.000 €. Die Tarifsteigerung wurde mit 3 % eingerechnet. Die Tarifverhandlungen für den neuen Tarifvertrag ab dem Jahr 2025 stehen aber noch an. Im Jahr 2024 wurde gemäß dem Tarifabschluss ab dem 01.03.2024 ein Sockelbetrag von 200 € und eine anschließende Entgelterhöhung von 5,5 % gewährt. Für die Monate Januar und Februar 2024 flossen zudem noch jeweils 220 € für das Inflationsausgleichsgeld. Das Budget für das Leistungsentgelt wird wiederum mit 2,0 % veranschlagt. Personalmehraufwendungen in Höhe von 573.000 € ergeben sich beispielsweise bei den städtischen Kindergärten v.a. aufgrund der neuen Gruppen in der Kindervilla Kandern. Hier betragen die Personalkosten nun bereits 2.677.500 €. Weiterhin wurde u.a. ein Teilzeitstelle für den hauptberuflichen Feuerwehrkommandanten und ein Stellenanteil für die Stadtjugendpflege eingeplant. Zudem gab es im Bereich der Kernverwaltung Höhergruppierungen (vgl. auch Organisationsuntersuchung). Bei anderen Positionen sind Beförderungen und Stufensteigerungen eingerechnet. Im Vorjahr wurde zur Entlastung eine pauschale Kürzung von 200.000 € vorgenommen. Im Jahr 2025 wurden 300.000 € pauschal gekürzt. Ohne diese Kürzung lägen die Personalaufwendungen bei 8.006.000 €. Stellenmehrungen sind aufgrund von Aufgabenzuwächsen und definierten Qualitätsstandards erforderlich, sollten unter Berücksichtigung der daraus resultierenden dauerhaften finanziellen Belastungen und der derzeitigen Finanzlage aber immer im Einzelfall kritisch hinterfragt werden.

Die Stadt Kandern hatte in den Jahren 2018 bis 2020 ihren finanziellen Einsatz im Bereich der Bauunterhaltung ausgeweitet. Seit Ausbruch der Corona-Pandemie wurden in diesem Bereich

jedoch einige Maßnahmen zurückgestellt. Der notwendige Erhalt der kommunalen Gebäude, Straßen und Brücken wurde daher notgedrungen vernachlässigt, was aber keine dauerhafte Handlungsoption darstellt. Im Jahr 2024 wurden für die Wiederaufnahme des Straßensanierungsprogramms 300.000 € pauschal zur Verfügung gestellt. Im Bereich Tiefbauunterhaltung stehen aktuell aber noch rund 1,0 Mio. € Restbudgetmittel zur Verfügung, so dass hier der Fokus zunächst auf der Abarbeitung der in Vorjahren eingestellten, aber noch nicht abgearbeiteten Maßnahmen liegen sollte. Ein neuer pauschaler Ansatz in Höhe von max. 300.000 € muss daher im Rahmen der Haushaltsplanberatungen diskutiert werden. Die Grundansätze für die Bauunterhaltung liegen im Jahr 2025 bei 486.400 €.

Weitere Kostenmehrungen treten im Jahr 2025 beispielsweise bei den Betriebskostenzuschüssen an die nichtstädtischen Kindertageseinrichtungen (+59.800 €), beim Fahrzeugunterhalt (+52.100 €), beim Integrationsmanagement auf Grund der reduzierten Landesförderung (+18.000 €), bei den Stromkosten (+12.300 €), bei den Reinigungskosten (+9.000 €) sowie bei den EDV-Kosten (+17.400 €) auf.

Ein Ausgleich des Ergebnishaushaltes ist unter den gegebenen Voraussetzungen wie in den Vorjahren nicht möglich, auch wenn der Ergebnishaushalt nach der GemHVO planmäßig auszugleichen ist. Die gestiegenen Erträge können die steigenden Aufwendungen z.B. aufgrund von Tarifsteigerungen, einer erhöhten Kreisumlage, gestiegenen Kinderbetreuungskosten, höheren Baukosten oder der Inflation daher nicht vollständig decken. Es ist eine immer weitergehende (unverschuldete) Scherenentwicklung zwischen Erträgen und Aufwendungen festzustellen. Eine solide Haushaltsaufstellung und Haushaltsbewirtschaftung sind so weiterhin nicht möglich.

Beim veranschlagten Defizit im Jahr 2025 muss auch berücksichtigt werden, dass die Ertragskraft des Ergebnishaushaltes bereits im Laufe der Jahre 2020 bis 2024 im Bereich der Steuern und Gebühren durch entsprechende Anpassung der jeweiligen Sätze erhöht wurde. Weitere Anpassungen stehen noch an. So sollen u.a. auch die Hebesätze bei der Grund- und Gewerbesteuer überprüft werden. Darüberhinausgehende nennenswerte Spar- und Ertragsmöglichkeiten sind derzeit nicht erkennbar. Ein Ausgleich des Ergebnishaushaltes 2025 ist somit nur unter Einrechnung eines Teils der Ergebnisrücklagen aus Vorjahren zu gewährleisten. Zum Jahresende 2024 verbleibt nach der derzeitigen Prognose eine Ergebnisrücklage aus den ordentlichen und außerordentlichen Ergebnissen der Jahre 2018 bis 2023 in Höhe von ca. 8,5 Mio. €.

Der Nettoabschreibungsaufwand (Abschreibungen abzüglich Auflösungen) beträgt im Jahr 2025 1.379.600 €. Dies sollte prinzipiell der maximale Fehbetrag im Ergebnishaushalt darstellen, da ansonsten Liquidität aus dem Finanzhaushalt in den Ergebnishaushalt abfließen würde. Die Kommunalaufsicht verlangt zudem eine Erwirtschaftung der Tilgungsleistungen (2025: 167.300 €) über den Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushaltes. Dies muss die Zielvorgabe bei der Haushaltsplanberatung darstellen. Im Haushaltsplanentwurf wird zunächst ein Defizit von 1.426.500 € im Ergebnishaushalt unter Einrechnung der Einzelmaßnahmen in Höhe von insgesamt 567.400 € ausgeworfen. Nach den eingearbeiteten Änderungen beträgt das Defizit nun 1.489.000 €. Daraus resultiert aktuell ein Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts in Höhe von 109.400 €. Die aktuelle Einsparsumme zur Erreichung der Zielvorgabe und somit zur Erreichung einer Genehmigungsfähigkeit der Haushaltssatzung beträgt demnach 276.700 €.

Um den Ergebnishaushalt 2025 zu entlasten sind neben den Grundansätzen v.a. auch die angemeldeten Einzelmaßnahmen zu überprüfen.

Als außerordentliche Erträge werden die Veräußerungen über dem Buchwert der Ortsverwaltung Holzen und der verbliebenen Grundstücke im Baugebiet Mittelberg-Tal in Feuerbach in Höhe von insgesamt 500.000 € eingeplant.

Die vollständigen Mittelanmeldungen für den investiven Bereich sind bei den Einzelmaßnahmen des Finanzhaushaltes aufgeführt. Der Finanzhaushalt 2025 beinhaltet viele kleinere Investitionsmaßnahmen. Größere Beträge resultieren aus der weiteren Tranche für die Rathausanierung (300.000 €), für den Austausch der Heizung in der Ortsverwaltung Wollbach (150.000 €), für den Einkauf in der Dorfmitte Holzen (450.000 €), für die Anschaffung einer neuen Drehleiter für die Feuerwehr (1,2 Mio. €), für die Planungsrate zur Sanierung der Grundschule Tannenkirch (290.000 €) und für den Brückenneubau in der Hintergasse in Riedlingen (250.000 €). Bei den dargestellten Zuschüssen sind auch zwei Ausgleichstockanträge für die Drehleiter und die Grundschulsanierung in Tannenkirch enthalten.

Bei der Maßnahmendefinition für das Jahr 2025 ist auch das große bestehende Maßnahmenvollzugsdefizit (vgl. auch Höhe der Haushaltsausgabereste 2023: 7.439.004,42 €) zu beachten. Die Umsetzung bereits eingeplanter Maßnahmen sollte mit hoher Priorität erfolgen, so dass die Höhe der Haushaltsausgabereste weiter sinkt. Dies bindet erhebliche personelle Kapazitäten vor allem im Bauamt, so dass dieser Aspekt auch bei der Auswahl der im Jahr 2025 neu umzusetzenden Maßnahmen im Bereich der Bauunterhaltung und der Investitionen wiederum zu berücksichtigen ist. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass die in Vorjahren veranschlagten Plansummen aufgrund der hohen Kostensteigerungen im Bauwesen vermutlich nicht immer ausreichen werden.

In der Übersicht der Einzelmaßnahmen des Finanzhaushaltes sind zudem die jährlich wiederkehrenden investiven Grundansätze aufgeführt (88.400 € Nettobedarf). Die im Finanzhaushalt dargestellten Investitionsmaßnahmen umfassen eine Gesamtsumme in Höhe von 2.082.400 € netto. Unter Berücksichtigung der vorhandenen Liquiditätsreserve, der Maßnahmenliste sowie den Tilgungsausgaben in Höhe von 167.300 € verbleibt bei den liquiden Mitteln zum Jahresende 2025 planmäßig ein Restbetrag in Höhe von 1.429.500 € (Mindestliquidität: 381.600 €). Ziel muss es sein zur Sicherstellung der Finanzierung künftiger Investitionen wie z.B. in den beiden Grundschulen mindestens eine Restliquidität von 1,5 Mio. € beizubehalten. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass weitere Kostensteigerungen bei laufenden oder noch nicht begonnenen Maßnahmen von dieser Liquiditätsreserve beglichen werden müssen.

Zudem sind auch für die Folgejahre insbesondere aufgrund der unsicheren Prognosen ausreichende Finanzpolster beizubehalten. In den Jahren 2026 ff. stehen u.a. die Ersatzbeschaffungen von Feuerwehr- und Bauhoffahrzeugen, bauliche Maßnahmen für die Ganztagesgrundschule(n), die Sanierung des Freibades, Austausch von Heizungen und die Stadtsanierung III an. Daher müssen die geplanten „Großprojekte“ vom Gemeinderat priorisiert werden.

Insgesamt sind Investitionen in Höhe von 3.511.600 € (vgl. 2024: 3.527.100 €) und Einzahlungen in Höhe von 1.429.200 € (vgl. 2024: 1.331.900 €) aufgeführt. Im Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen ergibt sich daraus ein Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit in Höhe von 2.082.400 €. Der veranschlagte Finanzierungsbedarf unter Berücksichtigung, dass der Ergebnishaushalt einen Zahlungsmittelbedarf in Höhe von 109.400 € erzielt, beträgt daher 2.191.800 €. Zudem stehen Tilgungsausgaben in Höhe von 167.300 € zur Auszahlung

an. Nach der Jahreshochrechnung des Jahres 2024 stehen zum 31.12.2024 noch liquide Mittel in Höhe von 3,789 Mio. € zur Verfügung.

Im Jahr 2025 ist keine neue Kreditermächtigung eingeplant. Dies auch unter dem Aspekt der Genehmigungsfähigkeit der Haushaltssatzung 2025. Zudem wird die künftige Finanzierung der Investitionen in die beiden Grundschulen neben einer hohen Zuschussquote nur mit einer Kreditaufnahme gelingen können. Der Schuldenstand im Kernhaushalt beträgt zum Jahresende 2024 rund 2,13 Mio. €. Bei planmäßiger Tilgung im Jahr 2025 würde sich der Schuldenstand zum 31.12.2025 auf dann rund 1,96 Mio. € reduzieren.

Im ausgehändigten Haushaltsplanentwurf ist im Gesamtergebnishaushalt auch die Finanzplanung der Jahre 2026 bis 2028 ausgewiesen. Diese sollten wie oben beschrieben jeweils ausgeglichen sein, was derzeit jedoch nicht darstellbar ist (2026: -1.659.400 €, 2027: -1.366.000 €, 2028: -1.244.800 €). Dabei wurde eine Tarifiersteigerung von 2,0% eingerechnet. Auch in der mittelfristigen Finanzplanung ist somit keine Entspannung der Finanzlage zu erkennen, so dass daraus ein strukturelles Defizit abgeleitet werden kann.

Im investiven Finanzplan wurden zum einen die Grundansätze sowie die neuen Projekte der Maßnahmenliste bereits eingearbeitet, zudem wurden die aus dem Entwurf des Gemeindeentwicklungskonzeptes herausgearbeiteten investiven Positionen der Stadt Kandern aufgeführt. Dies erfolgte allerdings nur für den Prognosezeitraum ohne einen konkreten Ansatz. Diese Finanzplanung soll wie in den Vorjahren als Arbeitspapier für die Jahre 2026 bis 2028 dienen.

Ab dem Jahr 2021 wurde ein Verfügungsrahmen für die Ortschaften zur selbständigen und flexiblen Mittelbewirtschaftung eingeführt. Die Gesamthöhe betrug im 2021 30.000 € und in den Jahren 2022 bis 2024 jeweils 40.000 €. Diese Mittel werden anteilig nach den Parametern Einwohnerzahl, Gemarkungsfläche und Gebäudeanzahl auf die sechs Ortsteile sowie den Kernort verteilt. Aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen soll das Ortschaftsbudget im Jahr 2025 nicht erhöht werden.

Im Haushaltsplanentwurf sind neben dem Ergebnishaushalt und den Einzelmaßnahmen u.a. auch ein Organigramm zur Haushaltsstruktur, die Übersichten zu den Themen Personalausgaben, Bauunterhaltung und FAG sowie der Stellenplan enthalten.

Der Haushaltsplanentwurf enthält zudem die Erfolgspläne der beiden Sonderrechnungen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung und die zugehörigen Maßnahmen im investiven Bereich.

Bei der Sonderrechnung Wasserversorgung sind im Erfolgsplan neben den fortgeschriebenen Grundansätzen eine Vielzahl von weiteren Maßnahmen (siehe Maßnahmenliste) von der technischen Betriebsleitung angemeldet worden. In Summe würden die zusätzlichen Aufwendungen in Höhe von 225.000 € die Wassergebühr (aktuell: 3,60 €/m³) um rund 0,65 € erhöhen. Zudem wird bereits ohne diese Maßnahmen im Erfolgsplan ein Defizit in Höhe von 355.000 € ausgewiesen, was die Wassergebühr mit rund 1,00 € belasten wird. Im investiven Bereich ist der Leitungsersatz im Fasanengarten (120.000 €), ein neues Fahrzeug für den Wassermeister (50.000 €) und ein Geräuschlogger (25.000 €) vorgesehen.

Bei der Sonderrechnung Abwasserentsorgung sind im Erfolgsplan neben den fortgeschriebenen Grundansätzen u.a. Mehraufwendungen für die Erstellung einer Kanaldatenbank sowie die Einarbeitung ins Geoinformationssystem (zusammen 32.000 €) eingeplant. Zudem wird

bereits ohne diese Maßnahmen im Erfolgsplan ein Defizit in Höhe von 257.500 € ausgewiesen, was die Abwassergebühr (Schmutzwasser aktuell: 2,44 €/m³) mit rund 0,75 € belasten wird. Im investiven Bereich ist u.a. ein Ansatz für investive Kanalsanierungen (450.000 €), eine weitere Rate für den Generalentwässerungsplan (100.000 €) sowie ein neuer Trafoschrank in der Kläranlage (76.000 €) vorgesehen.

Für das Jahr 2025 stehen keine Gebührenkalkulationen für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung an. Diese werden im Jahr 2025 für die Jahre 2026 und 2027 durchgeführt. Bei der Maßnahmenauswahl 2025 in den beiden Sonderrechnungen sollten die Gebührensätze jedoch stets beachtet werden!

Die wichtigsten Daten des Haushalts 2025 sind in den ausgehändigten Flyern in gewohnter Form zusammengefasst.

Die Verwaltung bittet den Ortschaftsrat um Kenntnisnahme und Diskussion, wie der Haushaltsplan-Entwurf für 2025 zu gestalten und auszugleichen ist.

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme und Diskussion über die Aufstellung des Haushaltsplan-Entwurfes 2025 für den Kernhaushalt sowie für die Sonderrechnungen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Kandern, den 22.10.2024

Simone Penner, Bürgermeisterin

Merkel